

POLICY PAPER

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY PAPER 2023-3

DOMINIK INTELMANN & ANDRE SCHMIDT

KONTAKT

PIA SIEMER

T: +49 341 97-37892

M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

TORGAW NORDWEST - PROBLEME DER INTERVENTION IN EINEM KONFLIKTBELASTETEN STADT- VIERTEL

ABSTRACT

Der Stadtteil Nordwest am Rande der Stadt Torgau in Nordsachsen steht als „Problemviertel“ im Fokus der regionalen Öffentlichkeit. Der Abstieg des Plattenbauviertels seit der Wiedervereinigung geht mit Desintegrationserscheinungen und wiederkehrenden sozialen Konflikten einher. Zuletzt eskalierten diese rund um Belastungen durch nächtliche Ruhestörungen, Müllablagerungen, Drogenkonsum oder gewalttätige Auseinandersetzungen, die mit dem Zuzug von Arbeitsmigrant:innen aus Osteuropa in Verbindung gebracht werden. Reagiert wurde mit einer kontinuierlichen Verdichtung von Interventionen und der Verstärkung des

Netzwerkes von Fachkräften einer *professionali-sierten Zivilgesellschaft*, die durch Sozialarbeit, Beratung, Kulturangebote, Vernetzung und Dialog soziale Härten abmildern und den Zusammenhalt im Sozialraum stärken sollen. Das vorliegende Policy Paper rekonstruiert die Konfliktgeschichte des Stadtteils Torgau Nordwest und untersucht die Interventionsstrategien unter Berücksichtigung der Perspektive beteiligter Akteur:innen. Dabei wird deutlich, dass die Gegenstrategien widersprüchliche Stoßrichtungen verfolgen: von Ordnungspolitik, welche die Gruppe der Migrant:innen fokussiert, und aktivierender Gemeinwesenarbeit, welche ins-

besondere unter den deutschen Anwohner:innen keine Adressat:innen findet. Zudem fehlt der Zugriff auf die Ursachen der sozialräumlichen Probleme, welche in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen vieler Anwohner:innen Nordwests, insbesondere der Arbeitsmigrant:innen, liegen. Obwohl diese Zusammenhänge bekannt sind, entstanden daraus bislang keine wirksamen Interventionen. Vielmehr fällt die Problembearbeitung auf die Kulturalisierung der sozialen Probleme und

Rufe nach Ordnungs- und Symbolpolitik zurück. Auf Basis der Analyse werden Handlungsempfehlungen entwickelt, welche auf die Stärkung lokaler demokratischer Teilhabe zielen. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass die sozialen Probleme, welche sich in Torgau Nordwest verdichten, Resultat der ungleichen Entwicklung und Arbeitsteilung im internationalen Maßstab sind. Damit steht Torgau Nordwest auch exemplarisch für „soziale Brennpunkte“ andernorts.

AUF EINEN BLICK

Der Stadtteil Nordwest in Torgau hat insbesondere in den letzten fünf Jahren eine erhöhte regionale und überregionale Aufmerksamkeit erhalten. Als Ort mit überdurchschnittlicher internationaler Zuwanderung und vielfachen sozialen Problemen steht er im Fokus der lokalen medialen Öffentlichkeit Torgaus und Nordsachsens. Dort ist er zum Synonym eines „Problemviertels“ geworden (vgl. bspw. Kasten 2023a). Die sozialen Verwerfungen zeitigen längst auch politische Konsequenzen und gefährden das demokratische Miteinander im Quartier und in der Stadt, wie zunehmend polarisierte Auseinandersetzungen in der medialen und politischen Öffentlichkeit und der Aufstieg extrem rechter Parteien zeigen. Als Reaktion auf den seit Jahrzehnten andauernden sozioökonomischen Abstieg des Viertels und die damit verbundenen Spannungen zwischen seinen Einwohner:innen aus verschiedenen prekären Milieus wird neben ordnungspolitischen Maßnahmen auch eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Angeboten durch Vereine und soziale Träger organisiert. In ihrer Arbeit versuchen die Akteur:innen, die Krisenphänomene zu bearbeiten und die mannigfaltigen Probleme des Viertels zu lösen – und stoßen dabei kontinuierlich an ihre Grenzen.

Das vorliegende EFBI Policy Paper untersucht die Möglichkeiten, Grenzen und Widersprüche dieser Interventionsversuche im Stadtteil. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Perspektive der durchführenden Akteur:innen vor Ort sowie der Einbettung der Maßnahmen in den Sozialraum Torgau Nordwest und seiner Konfliktgeschichte (vgl. Intelmann 2022). Die aktuelle Krise wird im Kontext der langen Entwicklungslinien des Stadtteils betrachtet und das implizite Praxiswissen der lokalen Fachkräfte zugänglich gemacht. Die Untersuchung basiert auf einem Quellenstudium der lokalen Be-

richterstattung (Torgauer Zeitung) ab 1997 sowie auf Expertengesprächen und Ortsbegehungen, die im Rahmen des Modellprojekts „MUT – Interventionen. Vielfalt. Lokal. Stärken.“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (AGJF) 2021 und 2022 durchgeführt wurden.¹ Zudem wurden im Sommer 2023 neun Interviews mit Akteur:innen freier Träger geführt, die mit (Sozial-)Beratung insbesondere der migrantischen Bevölkerung, Kinder- und Jugendarbeit sowie mit Beratung und Konzeptentwicklung für die lokale Politik befasst sind bzw. waren. Diese Akteur:innen werden im Folgenden als *professionalisierte Zivilgesellschaft* bezeichnet, um sie von der Idee einer aktiven Bürgergesellschaft im Sinne einer partizipierenden Anwohnerschaft abzugrenzen, die in Nordwest kaum vorfindbar ist.

Der erste Abschnitt (1.1) skizziert die Konfliktgeschichte Nordwests seit der deutschen Wiedervereinigung, um die problematische Situation der Gegenwart (1.2) zu verstehen. Dass sich diese Krise auch bis ins Feld der politischen Repräsentation und der Beteiligung an demokratischen Prozessen erstreckt, wird in Abschnitt 1.3 dargestellt. Im zweiten Kapitel erfolgt die Analyse der vielgestaltigen politischen und sozialen Interventionen in den Stadtteil. Nach einer Darstellung der historischen Entwicklung und aktuellen Struktur des Akteursnetzwerks (2.1) werden die zentralen Aussagen der Akteur:innen zu den Problemen ihrer Arbeit näher betrachtet (2.2). Anschließend werden diese Aussagen zusammengefasst und in die langen Linien der Entwicklung Nordwests eingeordnet (2.3). Demokratische Handlungsperspektiven für den Stadtteil beschließen den Text (3.).

1) Die AGJF, die das Modellprojekt für Fachkräfte in der sozialpädagogischen Arbeit sachsenweit durchführt, wurde von den Schulsozialarbeiter:innen in NW kontaktiert. Angesichts einer gestiegenen Arbeitsbelastung und einer bisher ungekannten Problemdichte konnten Stadtspaziergänge, Gruppengespräche und ein Sozialraumportrait (vgl. Intelmann 2022) eine Hilfestellung in der alltäglichen Arbeit bieten.

Torgau Nordwest steht beispielhaft für Orte, deren sozialräumliche Konflikte lokal durch eine professionalisierte Zivilgesellschaft nicht mehr als lösbar erscheinen. Hinsichtlich der daraus erwachsenden politischen Dynamiken kann der Stadtteil als idealtypisch betrachtet werden für ostdeutsche Plattenbaugebiete mit globaler Zuwanderung, aber

auch für Umgang mit und Deutung von Migration in Vierteln mit sozialen Problemen im Allgemeinen. Zudem zeigen sich beispielhaft die begrenzte Reichweite ordnungspolitischer Interventionen sowie die Blockaden einer professionalisierten Zivilgesellschaft, die Probleme adressieren soll, ohne Zugriff auf die entscheidenden gesellschaftlichen Felder zu erhalten.

KONFLIKTGESCHICHTE TORGAU NORDWEST

1.1 DIE ENTWICKLUNG TORGAU NORDWESTS ZU EINEM „PROBLEMWOHNGEBIET“

Torgau ist eine peripher gelegene Kleinstadt in Sachsen, die sich am äußersten Rand des Einzugsgebiets von Leipzig im Landkreis Nordsachsen befindet. Der Stadtteil Nordwest (im Folgenden abgekürzt mit NW) liegt als ein zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren gebautes Plattenbaugebiet ein wenig abseits des mittlerweile hochwertig sanierten Stadtzentrums von Torgau. In der DDR wurde das Viertel als Wohnort für die Arbeiter:innen des VEB (Volkseigener Betrieb) Flachglaskombinats Torgau geplant und galt als privilegierte Wohngegend. Mit der Wiedervereinigung änderte sich dieser Status rasch: Der wirtschaftliche Umbruch und die Abwicklung vieler Betriebe führten zu einer vorher ungekannten Massenarbeitslosigkeit. Aufgrund neuer, konkurrierender Wohnangebote verlor NW an Attraktivität und staturhöhere, mobile Bevölkerungsgruppen wanderten ab. Ihr Ziel war einerseits Westdeutschland, aber auch die nach 1990 sanierten Gründerzeitviertel und neu errichteten Einfamilienhausgebiete Torgaus. Damit vollzog sich eine sozioökonomische Entmischung und ein Abstieg NWs – ein Vorgang, der spiegelbildlich in allen DDR-Großwohnsiedlungen stattfand. Zurück blieben tendenziell ältere Einwohner:innen mit geringerem Einkommen und von Arbeitslosigkeit Betroffene (vgl. Petzold 1998). Trotz umfangreicher Investitionen in die Wohnumfeldgestaltung und Sanierung der Wohnblöcke setzte in dieser Zeit ein regelrechter Exodus ein, bei dem die Einwohnerzahl von einst 6.000 (1989) auf nunmehr 2.800 (2019) sank. Unter diesen Vorzeichen fungierte NW ab Mitte der 1990er-Jahre als Ankunftsquartier für Spätaussiedler:innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die nur wenige Jahre später die Bevölkerungszusammensetzung dominierten.

Bereits zu dieser Zeit wurde NW in der lokalen Öffentlichkeit als „Problemwohngebiet“ verhandelt, bei dem vor einer Gefahr zur „Ghetto-Bildung“ gewarnt wurde (vgl. Petzold 1998). Die damaligen Problembeschreibungen ähneln den heutigen und betreffen unter anderem Müllablagerungen, öffentlich wahrnehmbaren Alkohol- und Drogenkonsum sowie nächtliche Ruhestörungen. Diese Zustände wurden in der Öffentlichkeit einerseits als Kennzeichen von Armut der Bewohner:innen, aber auch als Ausdruck der Kultur und Mentalität der zugezogenen, ausländischen Bewohner:innen verstanden (vgl. bspw. Torgauer Zeitung 2002).

Die immer offensichtlicher werdenden Armutsphänomene in NW ließen sich nicht länger ignorieren: So wurde befürchtet, dass NW sich mit der Arbeitsmarktreform Agenda 2010 (einmal mehr) zum „sozialen Notstandsgebiet“ entwickeln würde (Melzig 2004). Bereits im darauffolgenden Jahr musste der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Kupfer in Bezug auf NW konstatieren: „Armut macht krank“ (Lehmann 2005).

1.2 DIE GEGENWÄRTIGE SOZIALE KRISE TORGAU NORDWESTS UND IHRE HINTERGRÜNDE

Aufgrund des langjährigen Bevölkerungsverlusts wurden in NW wie in vielen anderen vergleichbaren Plattenbauvierteln in Ostdeutschland im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ mehrere Wohnblöcke abgerissen. Die Einwohnerzahl stabilisierte sich unterdessen zunächst auf niedrigem Niveau und wächst seit 2014 gegenläufig zur ursprünglich prognostizierten weiteren Schrumpfung sogar leicht an. Dieses Wachstum ist auf internationale Wanderungsbewegungen aufgrund der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger:innen osteuropäischer EU-Länder (2011/2013) und die Fluchtmigration (2015/16) zurückzuführen. Aus der seit

Mitte der 1990er-Jahre von Migration geprägten Geschichte des Stadtteils resultiert der vergleichsweise hohe Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft von 38% (2019); in der Gesamtstadt Torgau betrug er im selben Jahr 9,4% (ohne NW: 4,9%), im Bundesland Sachsen 5,1%.

Im Nachgang der Ankunft der EU-Arbeitsmigrant:innen ab 2013 begann eine neuerliche öffentliche Auseinandersetzung über NW als problembelasteter Stadtteil. Im Mittelpunkt der Debatte stehen Erscheinungen wie Schulschwänzen, illegale Autorennen, nächtliche Lärmbelästigung, sexuelle Übergriffe, Ladendiebstähle, Müllablagerungen, der Konsum und Verkauf von Drogen sowie die Zustände in den durchgehend als „Problemblöcke“ bezeichneten Häusern in der Zinnaer Straße (s.u.; beispielhaft für den Auftakt der Debatte: vgl. Torgauer Zeitung 2018a). Seit Sommer 2023 spitzt sich die Stimmung im Viertel einmal mehr zu. Im Nachgang einer „Brandrede“ eines Anwohners aus NW vor dem Torgauer Stadtrat wurde die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf vermeintliche und tatsächliche Missstände in NW gelenkt (vgl. Krugenberg 2023a). Mit der Warnung „Wir müssen aufpassen, dass der Ärger nicht in Hass umschlägt“, verwies der Bewohner aus NW „stellvertretend für die 2000 Anwohner“ auf „den Lärm, die Schlaflosigkeit, die Vermüllung und Umweltverschmutzung“ im Viertel. Im Fokus stehen insbesondere die Migrant:innen in den zwei blauen Wohnblöcken, die sich „unter der Woche von früh bis in die Nacht, aber auch am Wochenende sowie an Feiertagen, nicht nur vor den beiden Plattenbauten treffen und lautstark feiern“ würden. In Reaktion darauf wurden ein Stadtrundgang und ein öffentlicher Bürgerdialog durchgeführt, bei dem „[e]inige konstruktive, sachliche Beiträge“, wie z.B. der Wunsch nach mehr „Zusammenarbeit zwischen Stadtrat, Bürgermeister und Mietern“, vonseiten der Anwohner:innen geäußert wurden (MDR Sachsen 2023). Die Grundstimmung unter den 100 Anwesenden wurde jedoch laut einem Beitrag des MDR dominiert von „[o]ffene[m] Fremdenhass“, der „sich Bahn“ brach und der sich laut der Aussagen zusammenfassen ließe mit: „Die Bewohner müssen weg“ (ebd.).

Die Zustände in den zwei genannten Wohnblöcken drücken als Symptome die Prekarität der Lebensverhältnisse vieler Bewohner:innen aus, deren Ursachen sich nur teilweise auf lokaler Ebene finden. Dabei verbinden sich die Folgen prekärer Arbeit in der Lebensmittelindustrie, unsichere Wohnverhältnisse, die ungleichen Transformationsprozesse der postsozialistischen Länder und lang bestehende

Ausgrenzung von Rom:nija in Europa. Diese Problemkomplexe sollen im Folgenden kurz beschrieben werden.

Prägend für die sozialen Verhältnisse in NW sind die Arbeitsbedingungen bei den regionalen Großunternehmen und den damit verbundenen Subunternehmen, die sich mittlerweile auf die temporäre und prekäre Anstellung osteuropäischer Arbeiter:innen eingestellt haben bzw. diese durch Anwerbungen in Osteuropa selbst forcierten (vgl. Ulrich 2021; Dauth 2021). Für diese Geschäftsmodelle stellen sich die regionalen Bedingungen als günstig dar. So hielt die Heinrich-Böll-Stiftung in Bezug auf die Nahrungsmittelindustrie Nord Sachsens fest, dass „agrarisches[...] Strukturen, die in Niedersachsen immer schärferen Kontrollen und politisch organisiertem Widerstand ausgesetzt sind, nach Sachsen ausweichen“ (Heinrich-Böll-Stiftung, BUND 2016, 35). Die Produktionsbedingungen für billige Nahrungsmittel haben demnach einerseits Produktionsverlagerungen nach Sachsen und andererseits die selektive Anwerbung von Leiharbeiter:innen aus der Peripherie der EU zur Grundlage.

Viele dieser Leiharbeiter:innen haben eine Unterkunft in zwei Wohnblöcken in der Zinnaer Straße gefunden, welche mittlerweile als öffentliche Projektionsfläche für die Probleme in NW dienen (vgl. bspw. Torgauer Zeitung 2022). Zu DDR-Zeiten im Eigentum der Nationalen Volksarmee (NVA), wurden sie nach 1990 privatisiert und unter intransparenten Eigentumsverhältnissen mit minimalen Instandhaltungskosten bewirtschaftet. Mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit wurden rudimentäre Mietverträge und die – zumindest sehenden Auges hingegenommene – Überbelegung der Wohnungen zur Geschäftsgrundlage. Die Wohnverhältnisse in NW und die Produktionsverhältnisse in den Nachbarorten Torgaus bedingen sich gegenseitig: Da sich Episoden bezahlter Arbeit abwechseln mit Kündigungen und erneuter Arbeitsaufnahme, versuchen die Bewohner:innen die Last des Lebensunterhalts auf möglichst viele Schultern zu verteilen, weshalb in den Wohnungen teils bis zu acht Menschen wohnen. Die problematischen Verhältnisse in den Wohnblöcken und ihrem Umfeld werden in der Öffentlichkeit mit der Gruppe der Rom:nija assoziiert – wenn auch selten explizit benannt. Die südslowakische Stadt Rimavská Sobota, aus der ein Großteil der Rom:nija in NW stammt, war vor 1989 ein bedeutsamer Produktionsstandort der Lebensmittelindustrie.² Nunmehr gehört die Stadt zum ärmsten Landesteil der Slowakei mit der höchsten Arbeitslosenquote. Rimavská Sobota kann als beispielhaft für

die Peripherisierung osteuropäischer Regionen betrachtet werden. Diese Entwicklung begann mit dem schwierigen Transformationsprozess der sozialistischen Tschechoslowakei zu den marktwirtschaftlich organisierten Einzelstaaten Tschechien und Slowakei; entfaltete sich mit der Abwertung landwirtschaftlicher Regionen innerhalb der Slowakei (und der gleichzeitigen Aufwertung der Hauptstadt Bratislava); beschleunigte sich mit der Polarisierung der EU-Regionen in Wachstumskerne und in Räume, in die Probleme ausgelagert und aus denen Arbeitskräfte selektiv und temporär angeworben werden. Diese Dynamiken überlagerten sich nicht zuletzt mit der jahrhundertelangen Geschichte der Diskriminierung der Rom:nija, deren Entwicklungspfade bis hin zu den „Problemblocken“ NWs führen, in denen nun die Krisen kulminieren und sichtbar werden.

Antiromaismus und Diskriminierung beschränken für Rom:nija sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in Torgau den Zugang zu besseren Wohn- und Arbeitsbedingungen. So berichten Rom:nija aus den oben genannten Wohnblöcken, dass sie keine Chance auf eine andere Wohnung haben, da sie „mit der Adresse schnell vorverurteilt“ werden (Krugenberg 2023b).³ Und auch zwischen den verschiedenen migrantischen Communities in NW verlaufen Bruchlinien, die vorzeichnen, wer tendenziell Zugang zu den wichtigen Ressourcen von Wohnen und Arbeiten erhält, wer also über die Netzwerke und die vermeintlich richtige Herkunft verfügt, um einen Job jenseits der nordsächsischen Nahrungsmittelindustrie zu bekommen und um nicht in den „Problemblocken“ wohnen zu müssen. In dieser unsichtbaren Hierarchie befinden sich Rom:nija ganz unten.

1.3 DIE POLITISCHE KRISE IN NORDWEST

Um die politischen Dynamiken in NW zu erfassen, werden im Folgenden ausgewählte Wahlergebnisse analysiert. Bei den für diese Untersuchung ausgewerteten sächsischen Landtagswahlen 2014 und 2019 erreichte die Partei *Die Linke* im Jahr 2014 in NW 33% der Stimmen, was in Sachsen einen Spitzenwert darstellte.⁴ Wie so viele DDR-Plattenbaugebiete war auch NW bis vor einigen Jahren eine Hochburg der Linkspartei, in der die Partei wirksam im Akteursnetzwerk beteiligt war.⁵ Auch die extrem rechten Parteien NPD und AfD⁶ erreichten 2014 mit zusammengerechnet 18,7% überdurchschnittliche Zustimmungswerte (bei einem landesweiten Ergebnis von 14,6%). Gleichzeitig stellte eine Wahlbetei-

ligung von knapp 24% einen Negativrekord in Sachsen dar.

Bei den Landtagswahlen 2019 änderte sich die Situation eindrucklich: Eine Wahlbeteiligung von 44% bedeutete eine bemerkenswerte Mobilisierung vorheriger Nichtwähler:innen. Während die lange Jahre erfolgreiche Linkspartei mit 12% geradezu pulverisiert wurde, erreichte die AfD knapp 44% (landesweit 27,5%). Anders als die Linkspartei tritt die AfD in NW jedoch nicht als Sachwalterin sozialer Probleme auf. Bis vor Kurzem beschränkte sie sich auf Landtagsanfragen bezüglich der Staatsangehörigkeit von tatverdächtigen Jugendlichen in NW und fordert generell eine höhere Polizeidichte und gerichtliche Strafen mit abschreckender Wirkung (vgl. AfD-Kreisverband Nordsachsen 2020). Angesichts der aktuellen Zuspitzung im Viertel seit dem Sommer 2023 (siehe Abschnitt 1.2) vermochte es die AfD-Stadtratsfraktion jedoch, die Probleme in NW wirkmächtig in den Fokus zu rücken: Es gelang ihr zwar nicht, eine Mehrheit für ihren Vorschlag einer öffentlichen Stadtratssitzung in NW zu erzielen⁷, jedoch ging der letztlich durchgeführte Stadtrundgang auf ihren Vorschlag zurück (vgl. Kasten 2023b). Im eine Woche später durchgeführten Bürgerdialog äußerten mehrere Anwohner:innen, „dass ihre Enttäuschung über die etablierten Parteien sich bei den nächsten Wahlen niederschlagen werde“, was wohl als Drohung zu verstehen ist, die AfD wählen zu wollen (Kasten 2023d).

- 2) Zum Untersuchungszeitpunkt 2021/2022 war Rimavská Sobota der Hauptherkunftsort von ausländischen Arbeitnehmer:innen in NW. Aufgrund der Eigenlogik von Migration, aber auch des Rhythmus der Anwerbung und „Ausstoßung“ der nordsächsischen Unternehmen können sich diese Netzwerke jedoch auch schnell wieder auflösen und entstehen erneut mit anderen Orten (wie z.B. aktuell mit Sliven in Bulgarien, vgl. Ayyadl2023).
- 3) Dies entspräche der mündlichen Aussage der ehemaligen Oberbürgermeisterin Barth bei einem Stadtrundgang im Juli 2020 gegenüber Bürger:innen, dass die „Wohnungsbaugesellschaft und Torgauer Wohnstätten sich [...] einig [sind], dass keine Neuvermietung [an die ehemaligen Bewohner:innen der ‚Problemblocke‘, D.I.] erfolgt. Jetzt müssen wir nur dafür sorgen, dass sie eben freiwillig wegziehen“ (Torgau-TV 2020; eigene Transkription ab Minute 9:17). Der derzeitige Oberbürgermeister Henrik Simon dementiert jedoch diese Praxis (vgl. Krugenberg 2023b).
- 4) Folgende Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der veröffentlichten Wahlberichte (vgl. Freistaat Sachsen 2014; Freistaat Sachsen 2019). Briefwahlstimmen wurden eigens anteilig einberechnet.
- 5) Ihrem Selbstanspruch als „Kümmererpartei“ wurde sie u.a. durch das Engagement der 2021 verstorbenen, ehemaligen Stadtratsabgeordneten Marion Kanitz gerecht, die mit der Fraueninitiative Torgau (FIT) über viele Jahre in NW präsent war.
- 6) Räumliche Kontinuitäten bei der Wahlentscheidung für die NPD bzw. AfD sind unter dem Begriff der politischen Raumkultur mittlerweile gut dokumentiert (vgl. Richter et al. 2022, 318ff.).
- 7) In der Torgauer Zeitung wurde dieses ablehnende Votum der Stadtratsmehrheit in einem Kommentar damit kritisiert, dass die „Zeit der Geheimräte [...] eigentlich vorbei“ wäre und „alle Missstände endlich ohne Scheuklappen, aber auch ohne menschenverachtende Hetze anzupacken“ seien (Kasten 2023c). Ein erneuter Verweis auf die Idee der öffentlichen Stadtratssitzung brachte dem AfD-Stadtrat Dieter Glimpel beim Bürgerdialog am 5. September 2023 großen Applaus von den Anwohner:innen ein (vgl. Torgau-TV 2023a).

Diese Stimmungen aufgreifend, führt die AfD seit September 2023 öffentliche Bürgersprechstunden unter Teilnahme von Landtags- und Bundestagsabgeordneten durch und ist damit erstmalig im Stadtteil präsent (vgl. AfD Sachsen 2023). Es ist davon auszugehen, dass auch diese Abgeordneten „nur mit den ‚Bürgern‘ – und somit den deutschen Bewohnern – ins Gespräch kommen [...] wollen, nicht aber mit ‚allen Einwohnern‘ (also auch den Migranten und den EU-Bürgern aus Südosteuropa)“, wie die Torgauer Zeitung den Einwurf eines Stadtratsabgeordneten der Linkspartei gegenüber der AfD-Stadtratsfraktion wiedergibt (Kasten 2023b).

Das herausragende Ergebnis der AfD und die Wahlergebnisse im Allgemeinen repräsentieren nur sehr eingeschränkt die Bewohner:innen in NW. Da 2019 lediglich 44% der Wahlberechtigten an der Wahl teilnahmen und darüber hinaus aufgrund fehlender deutscher Staatsangehörigkeit ein Teil der Bewohner:innen – immerhin 30% der volljährigen Bevölkerung – gar nicht erst wahlberechtigt ist, kann von einer extremen Repräsentationslücke gesprochen werden. Abbildung 1 soll anhand einer Modellrechnung illustrieren, wie sich die (politischen) Mehrheitsverhältnisse in NW darstellen, wenn die ansonsten unsichtbaren Anteile (Nichtwähler:innen und nicht-wahlberechtigte Erwachsene) sichtbar gemacht werden.

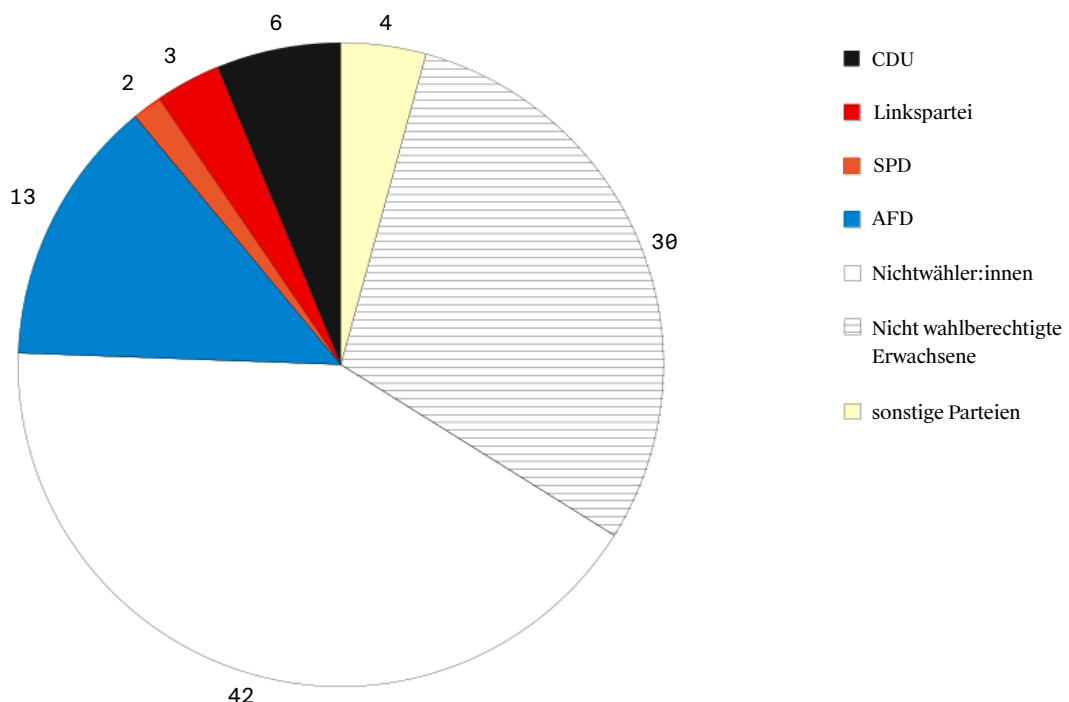
Dadurch wird ersichtlich, dass in NW lediglich knapp mehr als ein Viertel der Erwachsenen am politischen Prozess teilhat. Die politische Krise in NW ist charakterisiert durch eine kontinuierliche Erosion demokratischer Parteien, eine permanenten Repräsentationskrise und einen Aufstieg extrem rechter Parteien. Es lässt sich vermuten, dass die AfD mit ihrem Politikangebot imstande ist, bisherige Nichtwähler:innen zu mobilisieren und vorhandene Ressentiments, aber auch den Unmut über lokale Widrigkeiten politisch nutzbar zu machen.

1.4 DIE SOZIALE UND POLITISCHE KRISE IN NORDWEST - EIN ZWISCHENFAZIT

Seit 30 Jahren verdichten sich die sozialen Probleme in Nordwest und überlagern sich mit migrantischer Zuwanderung. So wie in den 1990er-Jahren die Spätaussiedler:innen, sind es heute die EU-Arbeitsmigrant:innen, deren vermeintliche Lebensweise die Debatten um problematische Zustände in NW bestimmt. Diese Deutungen prägen auch die politischen Sichtweisen der lokalen Bevölkerung. Erkennbar ist eine Verschiebung bei den Wahlergebnissen: Für lange Zeit erzielte die Linkspartei bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung Rekordergebnisse, welche auf verbreiteter Unzufriedenheit

ABBILDUNG 1

Wahlergebnisse und Nicht-Wähler:innen bei Einbeziehung aller volljährigen Bewohner:innen in NW; Sächsische Landtagswahl 2019, in % (Eigene Berechnungen)



basierten. Mit der Etablierung der AfD ist eine Dynamik in Gang gekommen, bei der die Stimmungslagen im Viertel einen Adressaten finden konnten, der explizit die soziale Krise mit der Anwesenheit von Migrant:innen in Verbindung bringt.

Angesichts dieser sich überlagernden Krisen werden seit vielen Jahren Akteur:innen mobilisiert,

die in NW sowohl soziale Probleme durch Beratungsprozesse moderieren als auch Teilnehmungsformate und neuerdings ordnungspolitische Eingriffe voranbringen. Im Folgenden sollen diese Interventionen, ihre Reichweite und ihre Limitierungen untersucht werden.

INTERVENTIONSGESCHICHTE UND AKTEUR:INNEN IN TORGAU NORDWEST

2.1 ENTWICKLUNG UND AUFBAU DES AKTEURNETZWERKS

Während die lokalen politischen Akteur:innen in den 1990er-Jahren große Hoffnungen bezüglich der (fördermittelbasierten) baulichen Aufwertung des Viertels hegten, setzte sich mit der Jahrtausendwende die Erkenntnis durch, dass die kulminierenden sozialen Probleme „sich eben nicht nur mit einem schicken ‚Wohnumfeld‘ lösen lassen“ (Melzig 2001). Die darauffolgende Fokusverschiebung bei Interventionen in den Sozialraum war eingebettet in eine Reformierung der Sozialstaatsidee auf Bundesebene. Mit dem 1999 aufgelegten Programm „Soziale Stadt“ sollten die immer stärker werdenden sozialen Polarisierungstendenzen in den Städten adressiert werden. Hob die Sozialstaatskonzeption vorher noch auf Daseinsvorsorge und wohlfahrtsstaatliche Anrechte ab, zielten die neuen Programme – komplementär zur „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ der Agenda 2010 – nun auf die *Aktivierung* der Bürger:innen und der Zivilgesellschaft ab. Die Verantwortung für die Lösung sozialer Probleme wurde damit auf die Institutionen der kommunalen Ebene und auf die Bürger:innen übertragen.

In NW erhielt der Caritasverband unter dem neuen Fokus des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ 2007 den Auftrag, ein Quartiersmanagement einzurichten, das die Abrisse im Rahmen des Stadtumbaus moderierte und die „Aktivierung der Akteure vor Ort“, den Aufbau von „selbsttragenden Netzwerkstrukturen“ und Bewohnerorganisationen vorantrieb (Caritasverband für das Dekanat Torgau e.V. 2011). Sowohl der unter diesem Schwerpunkt vorangetriebene Bau eines Mehrgenerationenparks durch 18 Arbeitslose aus NW im Jahr 2010 als auch die

Versuche, einen Stadtteilbeirat unter Beteiligung von Anwohner:innen zu formieren, blieben jedoch episodisch. Es gelang der Stadtverwaltung und lokalen Politiker:innen allerdings, die kontinuierliche Finanzierung des Stadtteiltreffs abzusichern; zudem organisieren die sozialen Träger in NW seit 2008 ein regelmäßig stattfindendes Stadtteilfest.

Mit der verstärkten Ankunft von EU-Arbeitsmigrant:innen (ab 2013) und Geflüchteten (ab 2015) bei gleichzeitigem Weiterbestehen der sozialen Probleme in NW verdichteten sich die Anforderungen an das lokale Akteursnetzwerk. Großer Bedarf besteht nun an Rechts- und Sozialberatung hinsichtlich der Anrechte gegenüber lokalen Arbeitgebern, von Konflikten mit Vermieter:innen und der Hilfe bei der Kommunikation mit lokalen Ämtern wie dem Jobcenter. Mit diesen Themen werden fast alle Akteur:innen konfrontiert, insbesondere aber die Migrationsberatungsstelle und die Akteur:innen im zentral gelegenen Stadtteiltreff, wie z.B. die Präventionsbeauftragte. Gleichmaßen werden die eskalierenden sozialen Probleme nun verstärkt unter dem Fokus von Sicherheit und Ordnung betrachtet und angegangen. Nachdem ab 2019 zwei Bürgerpolizisten für NW abgestellt wurden, flankierte 2020 die Einstufung des Stadtteils als „gefährlicher Ort“ durch die Sicherheitsbehörden die Teilnahme am Programm „Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm), Förderrichtlinie Kommunale Prävention“. Damit ging auch eine Fokusverschiebung einher, bei der die bisherige Quartiersmanagerin zur *Präventionsbeauftragten* umfirmierte, die nunmehr „die Präventionsarbeit zur Bekämpfung von Kriminalität in Torgau verstärken und ausbauen“ soll (Torgauer Zeitung 2020). Dass NW in der Stadtpolitik mittlerweile höchste Priorität genießt, wird zudem mit Stadtteilrund-

gängen unterstrichen, die in der Vergangenheit mit der damaligen Oberbürgermeisterin, Landtagsabgeordneten, dem Polizeipräsidenten des Regierungsbezirks und interessierten Anwohner:innen durchgeführt wurden (vgl. Mania-Schlegel 2020). Ebenso wie mit der Einrichtung eines kriminalpräventiven Rats, in dem städtische, polizeiliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen zusammenarbeiten, wird der Öffentlichkeit damit signalisiert, dass der oftmals konstatierten Vernachlässigung des Stadtteils und dem Vergessenwerden seiner Bewohner:innen begegnet wird.

Parallel dazu wird eine *professionalisierte Zivilgesellschaft* dazu herangezogen, für die multiplen Probleme des Viertels Konzepte und Lösungsvorschläge zu entwerfen. So wurde seitens der lokalen Verwaltung im Oktober 2018 Kontakt zum Verein „Romano Sumnal“, dem Verband der Sinti und Roma in Sachsen, aufgenommen, „weil wir dringend Hilfe brauchen [und] mit der Situation überfordert“ sind, wie es ein CDU-Stadtrat formulierte (Torgauer Zeitung 2018b). Mittlerweile gehört Romano Sumnal mit einem angemieteten Ladenlokal und regelmäßigen Veranstaltungen zu den festen Institutionen im Viertel und widmet sich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Insbesondere in den Ferienzeiten leitet der Verein Workshops an, in denen sich interessierte Jugendliche aus NW mit ihren Wünschen und Problemen auseinandersetzen und deren Resultate im öffentlichen Raum sichtbar werden (vgl. Krugenberg 2023c).

So wie das eingangs angemerkte Zustandekommen des Sozialraumporträts aufgrund der Kontaktaufnahme von Schulsozialarbeiter:innen bei der AGJF illustriert die Beauftragung von „Freiraumgalerie. Kollektiv für Raumentwicklung“ die Suche nach unkonventionellen Wegen aus der lokalen Krise. Der Verein aus Halle erarbeitete seit 2019 auf Veranlassung des Stadtrats ein „Kunst- und Beteiligungskonzept“ unter Einbezug der Einwohner:innen des Viertels. Anfang 2022 vorgestellt, bündelt diese Ideen zur künstlerischen Intervention, zu Planungs-, Gestaltungs- und Beteiligungsmaßnahmen und zur Imageverbesserung des Viertels (vgl. Freiraumgalerie. Kollektiv für Raumentwicklung 2022).

2.2 SCHWIERIGKEITEN DER ARBEIT PROFESSIONALISierter, ZIVILGESELL- SCHAFTLICHER TRÄGER IN NORDWEST

Im Folgenden sollen die Einschätzungen und Erfahrungen der Akteur:innen im Fokus stehen. Dafür

wurden neun Interviews (I1 bis I9) mit ehemaligen und aktuell in NW tätigen Akteur:innen geführt, die sämtlich zu einer organisierten, professionalisierten und beruflichen Zivilgesellschaft gezählt werden können. Diese Akteur:innen sind bzw. waren mit Kinder- und Jugendarbeit (I1, I3, I4), mit der Sozialberatung vor Ort (I5, I6) sowie Planung und Politikberatung auf übergeordneter Ebene (I2, I7, I8, I9) befasst. Ziel bei der Auswahl war es, einen möglichst lebensnahen Einblick in die Probleme des Viertels zu gewinnen. Da eine zivilgesellschaftliche, aktive Bürgerschaft im Sinne engagierter Anwohner:innen und selbstorganisierter Vereine in NW nahezu nicht existent ist, nimmt die Auswahl der Interviewten eine gewisse Stellvertreterposition ein. Damit wird auch die Abgrenzung zu Akteur:innen aus Verwaltung und Sicherheitsbehörden ersichtlich, deren Zugang zu NW nicht im Fokus der Untersuchung stand.

AMBIVALENTER AUFTRAG ZWISCHEN GEMEIN- WESENARBEIT UND ORDNUNGSPOLITIK

Mehrere Akteur:innen merkten an, dass sie seitens der Stadtverwaltung eine starke Erwartungshaltung gegenüber ihren Tätigkeiten beobachten. So nehmen Akteur:innen beispielsweise die unausgesprochene Anforderung wahr, „den Frieden im Stadtteil wieder herzustellen“ (I5). Zudem wäre gegenüber einer Person der Jugendsozialarbeit explizit die Erwartung kommuniziert worden, dass die Akteur:innen die „Probleme in den Griff bekommen sollen“, also eine direkte Ansprache bestimmter migrantischer Gruppen zu leisten hätten, indem sie „Hinweise zu Mülltrennung, Ordnung und Lautstärke“ zu geben hätten (I3). Dies laufe dem Selbstanspruch einiger Akteur:innen entgegen, die gerade nicht ordnungsdienstliche Aufgaben wahrnehmen, sondern Gemeinwesenarbeit leisten und Selbstorganisationsprozesse anregen wollten (vgl. I2, I4).

Lokalpolitiker:innen ziehen die bisherige Interventionspraxis zunehmend in Zweifel (vgl. Kasten 2023b), weswegen sich die Akteur:innen wiederkehrend einem Rechtfertigungsdruck und Fokusverschiebungen in ihrem Aufgabenbereich ausgesetzt sehen (vgl. I2). Eigenverantwortliche Schwerpunktsetzungen durch die Akteur:innen selbst würden hingegen teils skeptisch verfolgt, wenn sie nicht dem aktuellen ordnungspolitischen Paradigma Rechnung trügen (vgl. I3). Einigen Akteur:innen erscheint die Fokusverschiebung von der Gemeinwesenorientierung hin zur Ordnungspolitik ange-

sichts des sozialen Charakters der Probleme in NW als wenig hilfreich bzw. als Folge der Logik einer Kriminalisierung sozialer Probleme (vgl. I2). Andererseits hätte die Zusammenführung verschiedener Verwaltungseinheiten wie Ordnungsamt, Migrationsberatung und Bürgerpolizei unter dem Dach des Stadtteiltreffs ein „ganzheitliches Bearbeiten“ erleichtert (I5). Die zwei Bürgerpolizisten würden auf eine ausgesprochen kooperative, hilfsbereite und deeskalierende Art für beratungssuchende Bewohner:innen den Weg zu anderen Hilfsangeboten ebnen (vgl. I5, I6).⁸

ÜBERFORDERUNG UND RESSOURCENMANGEL

Angesichts der multiplen Problemlagen in NW sind sich die befragten Akteur:innen weitgehend einig in ihrer Einschätzung, dass die Ressourcen- und Personalausstattung in keinsten Weise ausreicht. Während einzelne Akteur:innen davon ausgehen, dass mit einer besseren Ausstattung viele Probleme lösbar wären (vgl. I3), ist der Großteil der Befragten skeptischer. Sie teilen die Erfahrung kontinuierlich anwachsender sozialer Probleme, hinter denen sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen immer weiter zurückbleiben. In dieser Hinsicht hat eine Person aus der Sozialberatung „in schlechten Momenten“ das Gefühl, „gar nichts erreicht zu haben, weil die Probleme einfach nie aufhörten“ (I5). Nach einer Anfangszeit mit einer „hohen Motivation, Dinge dort zu verändern“, hat ebenjene Person „gemerkt, dass ich immer mehr ausbrenne [...]; dass ich durch die Beratung auch immer wieder eine neue Hoffnung [bei den Betroffenen] wecke [...]. Aber eigentlich kommt's dazu gar nicht, weil es dazu systematisch an so vielen Ecken und Enden fehlt“ (I5).

Überforderung und permanente Konfrontation mit menschlichen Schicksalen charakterisieren Arbeitsbedingungen mit Burnout-Risiko, die teils zu einer Fluktuation von Fachkräften beitragen, teils aber auch das Akteursnetzwerk über die geteilte Erfahrung der Überforderung zusammenschweißen (vgl. I1, I3, I5).

ETHNISIERUNG UND KULTURALISIERUNG SOZIALER PROBLEME

In den Aussagen spiegelt sich die einhellige Einschätzung, dass Armut das drängendste Problem der Menschen im Viertel ist. So nehmen die Akteur:innen in der Bevölkerung „tiefste Verzweiflung“ wahr, eine Hoffnungslosigkeit der Er-

wachsenen gegenüber ihren Arbeits- und Wohnbedingungen (I1) und die Befürchtung, dass der Stadtteil weiter von der Lokalpolitik vernachlässigt wird (I5). Während eine Beraterin betont, dass die weit verbreitete Resignation nicht bei allen Bewohner:innen automatisch zu Feindseligkeit gegenüber anderen Bewohnergruppen in Nordwest führt (vgl. I5), diagnostiziert eine Reihe vom Akteur:innen hingegen, dass eine feindliche und vorurteilsbelastete Grundstimmung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund den Stadtteil prägt. So gäbe es vonseiten der nicht-migrantischen Bevölkerung gegenüber den Arbeitsmigrant:innen und insbesondere der Gruppe der Rom:nija „Unterstellungen und Vermutungen“, zwischen den Bevölkerungsgruppen jedoch kaum Austausch (I3). Die Spaltung in verschiedene (ethnische) Gruppen in NW führe dazu, dass „verbindende Probleme [...] dahinter verschwinden, dass diese sozialen Fragen ethnisiert werden“ (I2). Das heißt, die Probleme im Viertel werden in der Regel nicht als Ausdruck von Armut und prekären Beschäftigungsverhältnissen verstanden, sondern auf Herkunft und Ethnie bestimmter Bewohner:innen, insbesondere der Rom:nija, zurückgeführt. Dass Bewohner:innen unterschiedlicher Herkunft ähnliche prekäre Lebenslagen teilen, gerät dadurch in den Hintergrund und kann damit kein Ausgangspunkt von Problemlösungsstrategien und verbindenden Politiken werden. So hat eine Person aus der Politikberatung in vielen Gesprächen mit alteingesessenen Bewohner:innen die Erfahrung gemacht, dass zunächst häufig vom Niedergang des Viertels berichtet wird, der unmittelbar mit der Anwesenheit von Migrant:innen in Verbindung gebracht würde. Erst nach längerem Gespräch würden soziale Sorgen – Altersarmut, gesundheitliche Probleme und prekäre Beschäftigung – geäußert (vgl. I9).

Nicht zuletzt vermuten einige Akteur:innen auch Ressentiments gegenüber den Arbeitsmigrant:innen in NW in Teilen der Verwaltung, was zu der Arbeitseinstellung führe, „möglichst wenig in Nordwest [zu] machen, damit die Leute abgeschreckt werden, dorthin zu gehen“ (I3), oder sie gar „schnell wieder weiterziehen zum nächsten Job“ (I5). Auch jugendliche Kinder von Arbeitsmigrant:innen, welche NW im Gegensatz zur Torgauer Innenstadt als tendenziell „sicheren Ort“ erlebten, berichteten gegenüber Beraterinnen von diskriminierenden Erfahrungen mit Institutionen in Nordwest (I4).

8) Auch in einem Medienbericht in der überregionalen Tageszeitung werden die Bürgerpolizisten als „zwei gemütliche Männer, die zwischen den Bewohner:innen und Behörden vermitteln sollen und seitdem tagesin, tagaus durch das Viertel streifen“, beschrieben (Ulrich Tageszeitung 06.09.2021).

Überforderung und mangelnde Perspektiven führen auch bei Teilen der Fachkräfte zu Tendenzen der Kulturalisierungen und Ethnisierung der sozialen Missstände, wie z.B. bei zwei Akteur:innen, die „die ersten zwei Jahre einfach nur auf die Kinder und Eltern geschimpft“ hätten: „Die Slowaken, die sind gekommen und seitdem gibt es nur noch Probleme“ (I4, vgl. I1, I2, I3). Auch verbreitete Bezeichnungen wie „EU-Bürger:innen“ oder „EU-Kinder“ für die Arbeitsmigrant:innen und ihre Kinder, die nicht offen diskriminierend sind, aber die Betroffenen dennoch als fremd markieren und abwerten, zeigten die Tendenz zur Kulturalisierung (vgl. I1, I8). Diese führen die Interviewten vor allem auf die Überforderung der Akteur:innen zurück, z.B. dafür, „in einem Problemviertel alleine für die Kinder- und Jugendarbeit zuständig“ zu sein (I1). Das sei „keine Entschuldigung [...], aber das Problem sind die Strukturen, dass solche Menschen an solchen Positionen sind, alleine“ (ebd.). Angesichts der Arbeitsbelastung prognostiziert eine Person aus der Sozialen Arbeit überspitzt in Bezug auf die Neubesetzung einer Stelle in NW, dass „auch die Person, die da die nächsten [...] Jahre arbeiten wird, [...] irgendwann vielleicht rassistisch“ würde (I4). Die gleiche Person berichtet jedoch auch von einem Netzwerktreffen, bei dem...

„der Versuch im Raum stand, davon [von den Kulturalisierungen, D. I.] wegzukommen [...]. Und dann, wenn man dann mit Einzelnen konkret ins Gespräch kam, kam es doch wieder zu Beschreibungen aus der ‚alten‘ Sichtweise. Ich konnte ein Bröckeln dieser alten, auf kulturelle Unterschiede bezogenen Sichtweise wahrnehmen.[...] Aber sie ist nicht weg“ (I4).

MANGELNDER ZUGRIFF AUF DIE KERN- PROBLEME ARBEITEN UND WOHNEN

Auf die Frage, welche Problemlagen den Akteur:innen vor Ort durch die eigene Arbeit als lösbar erscheinen und welche nicht, antwortet eine interviewte Person mit: „Fast alles liegt außerhalb“ (I1). Dabei werden die unverfügbaren Sphären klar benannt: „Sachen, die sich nicht machen lassen, sind bessere Wohnverhältnisse, bessere Arbeitsverhältnisse“ (I1, vgl. I5). Damit erscheint den Akteur:innen „ein ganzheitliches Fallbearbeiten nicht möglich“, da kaum „an die Hauptpunkte Leben und Arbeiten“ heranzukommen sei (I5). In selbst anberaumten Netzwerktreffen versuchen die Akteur:innen die Probleme zu adressieren, die außerhalb ihres unmittelbaren Funktions-

bereichs lägen. So hätten mehrere Akteur:innen in NW bei dem Versuch mitgewirkt, eine Betriebsratsgründung als Interessenvertretung für die EU-Arbeitsmigrant:innen in einem Großunternehmen anzuregen, was jedoch misslungen wäre (vgl. I2; I6).

Trotz stark beschränkter Eingriffsmöglichkeiten bei den zentralen Problemthemen entwickeln einzelne Akteur:innen „in guten Momenten“ ein Bewusstsein dafür, „ganz viel erreicht“ zu haben (I5), wenn sie beispielsweise festhalten, in vielfachen Beratungsgesprächen Menschen über ihre Anrechte gegenüber der Arbeitsstelle und dem Jobcenter aufgeklärt und damit ihren Unterhalt gesichert zu haben. Die meisten Akteur:innen sind sich jedoch darüber bewusst, dass sie mit ihrer Arbeit lediglich den mangelhaften Status Quo der Lebensverhältnisse vieler Menschen in NW erhalten, wie eine Sozialarbeiterin aus der Jugendarbeit in drastischen Worten ausdrückt: „Was wir machen können, ist, [den Menschen] Möglichkeiten zu bieten, nicht komplett scheiße zu leben“ (I1).

„SYMBOLPOLITIK“ UND „AKTIONISMUS“ ERSCHWEREN KONTINUIERLICHE, BEDARFS- BEZOGENE ARBEIT VOR ORT

Sämtliche befragte Akteur:innen fühlen sich von der Kommune mit den Problemen in NW allein gelassen. So seien bereits mehrere kollektiv und selbstständig erarbeitete Konzeptpapiere verfasst worden, auf welche die Stadtverwaltung nicht reagiert hätte (vgl. I1, I4); andere von der Verwaltung in Auftrag gegebene Konzepte schienen ungenutzt als „Karteileiche“ liegen zu bleiben (I7). Dahingehend wird auch Ratlosigkeit gegenüber immer wieder neu angesetzten Krisenrunden und -gremien zum Ausdruck gebracht, die zwar auf eine öffentliche Empörung über die Zustände in NW reagieren und das „Signal aussenden, es wird etwas getan“, deren Arbeitsergebnisse jedoch nicht umgesetzt würden (I7, vgl. I2, I3, I4). Die Stadtteilrundgänge mit der Oberbürgermeisterin und dem Polizeipräsidenten betrachten mehrere Akteur:innen dahingehend als Symbolpolitik, die „sich nur an die weiße Mehrheitsbevölkerung gerichtet hat“ und die auf die Arbeit vor Ort keinen Einfluss hätte (I2, vgl. I4). Demgegenüber heben die Interviewten sehr engagierte Behördenmitarbeiter:innen hervor, die letztlich aufgrund von Überlastung in der personell kleinen Stadtverwaltung Torgaus nicht vorankämen. Diagnostiziert wird zudem ein „Resortdenken, bei dem es nie gelang, die Probleme in Gänze zu sehen“: So würden die Wohnungsgesellschaften „auf ihre Mieter und das Umfeld achten“,

während Teile der Verwaltung einen ordnungspolitischen Fokus einnehmen und die Arbeitgeber:innen wiederum politisch nicht erreichbar wären (I2). Aufgrund dieser Erfahrungen mit der Netzwerkarbeit vonseiten der Stadt wurde in den letzten Jahren versucht, eigenständige Netzwerke der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen im Sozialraum aufzubauen (vgl. I1, I2, I3).⁹ Hier tauschen sich die Akteur:innen über ihre Erfahrungen in NW aus und realisieren, dass es „wichtig [ist], dass die wenigen Menschen, die hier arbeiten, zusammenhalten und auf einer Seite stehen“, auch wenn dabei „viel Verzweiflung im Raum“ stünde (I4).

AKTIVIERUNGSVERSUCHE FINDEN KEINE ADRESSAT: INNEN

Mehrere Interviewte sprechen die Schwierigkeit an, „in Nordwest eine Zivilgesellschaft zu fassen zu kriegen“ (I2; vgl. I7). Während viele Migrant:innen aus unmittelbarer Bedürftigkeit die Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote sehr rege nutzen, ist die Aktivität anderer Bevölkerungsgruppen im Viertel kaum bemerkbar – ein Umstand, der angesichts der Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“ keineswegs neu erscheint. Eine Person aus der Politikberatung bemerkt dementsprechend, dass in den lokalen Beteiligungsformaten „die Betroffenen fehlten; wir redeten immer wieder über die Leute und nicht mit den Leuten“ (I2). So beschrieben die Akteur:innen, dass nicht-migrantische Personen kaum noch die sozialen und kulturellen Angebote in NW nutzen würden. Bezüglich der Gründe für diesen Rückzug lässt sich zum einen auf die Geschichte vergeblicher Teilhabeversprechen im Stadtteil verweisen, die bei vielen Anwohner:innen zu Desillusionierung und politischer Entfremdung geführt hat (vgl. Intelmann 2022). Die interviewten Akteur:innen vermuten zum anderen, dass die oben beschriebenen Stigmatisierungen der Arbeitsmigrant:innen und Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen im Stadtteil der Partizipation der deutschen Anwohner:innen entgegenstehen. Eine Person, die mit Jugendlichen arbeitet, berichtet aus eigener Erfahrung, dass ein Vater den Umgang seines Kindes mit migrantischen Jugendlichen unterbinden wollte (I1).

Mehrere Akteur:innen formulieren, dass sie aufgrund der häufig notfallbezogenen Beratungsarbeit keine Kapazitäten haben, um zielgruppenspezifische Angebote zu erarbeiten, die auch die nicht-migrantischen Bewohner:innen ansprechen und aktivieren. Damit vertieft sich der Graben zwischen den von

Migrant:innen gut genutzten Hilfs- und Beratungsangeboten und den kaum vorhandenen Netzwerkangeboten für lokale Vergemeinschaftung. Insgesamt schreibt sich damit die Beteiligungserfahrung aus vorherigen Förderperioden fort, in denen es nicht gelungen war, die Bevölkerung zu aktivieren.

DIFFERENZEN ZWISCHEN EXTERNEN UND LOKALEN AKTEUR: INNEN

Verschiedene Akteur:innen beschreiben eine weitere Bruchlinie zwischen den Vollzeitkräften, die in Nordsachsen bzw. in Torgau wohnen und täglich zum Arbeiten nach NW kommen,¹⁰ einerseits und den Teilzeitkräften und Selbstständigen andererseits, die aus Dresden, Leipzig oder Berlin situativ nach Torgau pendeln. Zu den Letzteren gehörig, sieht sich eine Person aus der Jugendarbeit in einer „sehr privilegierten Position [...] und [...] will nicht derjenige sein, der aus der Stadt kommt und alles besser weiß“ (I1). Gleichzeitig ist die interviewte Person überzeugt, dass „wir auch viel von [den lokal ansässigen Akteur:innen, D.I.] lernen [können], wir, die wir von außen kommen und wenig da sind“ (ebd.). Eine weitere Person, die mit Jugendlichen arbeitet, sieht die „Externen‘ [...] weniger Verzweiflung mit in den Raum bringen“, weil sie „eben keine 40-Stunden-Woche haben, sondern selbstständig sind [und] weniger in diesen unflexiblen Strukturen gefangen sind“ (I4). Externe vermuten zudem Gefühle des Verlassenseins bei den ortsansässigen Fachkräften, welche ihrerseits das Leben und Arbeiten im ländlichen Raum verteidigen. Zudem sei die angesprochene Praxis der Kulturalisierungen tendenziell bei den regional wohnhaften Akteur:innen aus der Trägerlandschaft anzutreffen (vgl. I1, I3, I4). Die beschriebene Dreiteilung im Viertel aus einer sozial prekären Bewohnerschaft, ortsansässigen – jedoch explizit nicht in NW wohnenden – Fachkräften und den aus Großstädten einpendelnden Akteur:innen ist Teil der Problemkonstellation. In ihr kommen Fragen nach Repräsentation und regionaler Zugehörigkeit sowie Stadt-Land-Konflikte zum Ausdruck, welche zu Reibungen bei der gemeinsamen Arbeit und der Kommunikation mit der Verwaltung führen.

9) Sinnbildlich ist auch hier, dass der Versuch, selbstorganisierte Strukturen aufzubauen, nur auf der Ebene professioneller Akteur:innen verläuft. Vereine und andere selbstorganisierte Akteur:innen ohne berufliche Bindung existieren in den Netzwerken NWS nicht.

10) Auch von den lokal ansässigen Akteur:innen wohnt niemand in Nordwest. Was einerseits als professionelle Distanz zum Arbeitsort erscheinen mag, ist gleichermaßen ein Hinweis auf die jahrzehntelang anhaltenden Segregationsprozesse.

HANDLUNGSPERSPEKTIVEN AUS SICHT DER AKTEUR: INNEN

Angesichts ihrer Erfahrungen mit den Realitäten in Nordwest formulieren die Akteur:innen Handlungsempfehlungen nur sehr vorsichtig und pessimistisch. Beispielhaft dafür steht der abstrakte Wunsch einer Fachkraft aus der Jugendarbeit, „einen Ort zu schaffen, der Bestand hat und der in irgendeiner Form von den Menschen dort mit aufgebaut werden kann“ (I4). Versuche zu konkretisieren, was die Entwicklung alltagsbezogener Strukturen der Selbstorganisation in Nordwest bedeuten könnte, bleiben vage, wie die Idee einer öffentlichen Autowerkstatt oder des Aufbaus von Selbstvertretungsgremien durch Migrant:innen (I3). Angesichts der „Kopfgebirgen“, bei denen die Akteur:innen sich „etwas ausdenken, was für andere gut sein soll, und es nicht gelingt, mit den Menschen vor Ort Dinge zu entwickeln, die ihnen wichtig sind“, denkt auch eine Person aus der Politikberatung an Ähnliches: Eine „sehr langfristige ausgerichtete Gemeinwesenarbeit“ in Verbindung mit „community organizing [siehe Abschnitt 3] wäre eine Möglichkeit, die Betroffenen sprachfähig zu machen, im Stadtteil Dinge zu entwickeln [und die] Selbstwahrnehmung der Menschen vor Ort“ zu verändern (I2). Dieselbe Person prognostiziert, dass man in diesem Prozess „massiv mit Rassismen zu tun haben“ würde, weshalb eine „Form politischer Bildung“ im Viertel notwendig wäre, bei der man konflikt- und problembezogen „mit den Menschen an ihren Fragen arbeitet“ (ebd.).

2.3 ZUSAMMENFASSUNG

Mit den Aussagen der Akteur:innen verdichtet sich das Bild der multiplen Krise Nordwests, gegen die die vielgestaltigen Interventionen kaum etwas auszurichten vermögen, da über zentrale Lebensbereiche – Wohnen und Arbeiten – lokal nicht verfügt werden kann. Die spezifische Konfliktkonstellation wird im Folgenden in Bezug auf die Interventionspraxis der Akteur:innen zusammengefasst.

Den Problemlagen in NW wurde seit den frühen 1990er-Jahren mit (lokal-)staatlichen Interventionen begegnet, die im Laufe der Zeit eine Fokusverschiebung im Einklang mit bundespolitischen Reformen erfuhren. So galten in den 1990er-Jahren die Wohnumfeldgestaltung und Sanierung als Strategie gegen den drohenden Abstieg. Nachdem sich die Probleme in den ostdeutschen Plattenbaugebieten dennoch zuspitzten, hatte in den 2000er-Jahren das Programm „Soziale Stadt“ die Aktivierung

der Bürger:innen und der Zivilgesellschaft zum Ziel. Die Bilanz dieses Ansatzes blieb nicht nur in NW hinter den hochgesteckten Erwartungen zurück, sodass seit den 2010er-Jahren ordnungspolitische Programme aufgelegt werden, die soziale Probleme unter dem Blickwinkel kriminellen Verhaltens und der Herstellung von Sicherheit betrachten (vgl. Belina 2017). Dass diese Fokusverschiebung nicht gleichmäßig verläuft, zeigt der Fall NW, wo sich mittlerweile eine Mischung aus Aktivierung, sozialer Unterstützung und Ordnungspolitik herausgebildet zu haben scheint.¹¹ Die Akteur:innen müssen ihre Praxis dabei austarieren zwischen der großen Nachfrage nach sozialer Beratung sowie sozialarbeiterischer Unterstützung einerseits und den ordnungspolitischen Zielvorgaben der neuen Programme andererseits. Parallel dazu führen sie die nicht allzu aussichtsreichen Versuche der Aktivierung und Motivierung zur Teilhabe fort.

Die als große Probleme für die Arbeit der Akteur:innen beschriebenen Ethnisierungen und Kulturalisierungen können als subjektive Verarbeitungsformen der Individuen von kaum beeinflussbaren Lebensvollzügen gedeutet werden. Wie mehrere Interviewte festgehalten haben, dient auch einigen Fachkräften das Sprechen über kulturelle Unterschiede als gegenseitige Selbstvergewisserung innerhalb einer beruflichen Situation, in der kaum Selbstwirksamkeit erfahrbar ist. Bemerkenswert ist, dass die interviewten Akteur:innen diese Deutungen sowohl bei den Anwohner:innen als auch bei Personen aus der Stadtverwaltung und bei einzelnen Fachkräften in NW konstatieren. Dabei handelt es sich um ein lang tradiertes Deutungsmuster, da seit über 25 Jahren die zyklisch eskalierende soziale Krise in NW von vielen Anwohner:innen und der medialen Öffentlichkeit mit der Anwesenheit von Migrant:innen in Verbindung gebracht wird.

Die Deutungen über die Situation in NW bleiben jedoch vielschichtig. Der Bürgerdialog im Spätsommer 2023 (siehe Abschnitt 1.2) war sinnbildlich für die Problemkonstellation: Trotz frühzeitiger Einladung blieben sowohl der Wohnungseigentümer als auch die Vertreter:innen des entscheidenden Großunternehmens der Debatte fern (vgl. Kasten 2023d). Dabei hoben viele Anwohner:innen und Politiker:innen in ihren Statements hervor, dass Arbeitgebern und Immobilienbesitzern für die Problemlösung im

¹¹ Verwiesen sei auf die deeskalierende Praxis der Bürgerpolizisten und den Funktionswandel von der Quartiersmanagerin hin zur Präventionsbeauftragten, der laut den Interviewten zunächst (noch) nichts an der Gemeinwesenorientierung der Interventionen geändert hätte (vgl. auch: Wolf 2021).

Viertel eine zentrale Rolle zukommt (vgl. Torgau-TV 2023a und 2023b).¹²

Auch in den Stadtratsdebatten verweisen einzelne Lokalpolitiker:innen z.B. von den Freien Wählern, der CDU und der Linkspartei kontinuierlich darauf, dass die sozialen und politischen Verwerfungen in Nordwest wesentlich auf die prekären Arbeits- und Wohnverhältnisse eines Großteils der Bewohner:innen, insbesondere der Arbeitsmigrant:innen aus der Slowakei, zurückgehen. Auch wird von verschiedenen Parteien im Stadtrat seit vielen Jahren in Aussicht gestellt, den Eigentümer der Wohnblöcke sowie die zentralen Arbeitgeber politisch-regulativ in die Pflicht zu nehmen.¹³ Es ist bemerkenswert, dass zwar wiederholt Einsicht in die Hintergründe der Krise Nordwests formuliert wird, diese bisher jedoch nicht zu wirksamen Interventionen geführt hat. Vielmehr fällt die Krisenbearbeitung im Stadtteil zurück auf Kulturalisierungen, Rufe nach Ordnungspolitik und symbolische Aktivierungsversuche. Auch die interviewten Fachkräfte betonen, mit ihrer Tätigkeit bisher keinen Einfluss auf die bekannten Krisenursachen nehmen zu können und sich diesbezüglich mit Nothilfe und Symptombearbeitung arrangieren zu müssen.

Hinsichtlich der Versuche, Selbstorganisation und Beteiligung der Anwohner:innen in Torgau anzuregen, erscheint den Interviewten problematisch, dass sie „immer wieder über die Leute und nicht mit den Leuten“ redeten und dass die Beteiligungsformate und Entscheidungsgremien fast ausschließlich von externen, nicht in NW wohnenden Fachkräften geprägt werden. So springt die professionelle und im Auftrag und durch Förderung in Bewegung gesetzte zivilgesellschaftliche Aktivität nicht auf die Bevölkerung über; zudem sind die Träger:innen einer avisierten Bürgergesellschaft in NW kaum vorhanden. Anzunehmen ist außerdem, dass der Partizipationsmodus der *Aktivierungs*-Phase zur Enttäuschung beigetragen hat, bei der zwar Beteiligung zwar versprochen wurde, aber letztlich nur auf symbolische Bereiche beschränkt blieb. Analog zu der von den Akteur:innen konstatierten Situation sind die Sphären von Arbeit und Wohnen weitestgehend von Mitbestimmung ausgenommen. Der in den Programmen formulierte Anspruch lokaler Demokratie bleibt damit partiell unerfüllt. Es ist zu fragen, ob gerade diese demokratischen Teilhabedefizite, die sich auf die Ausgestaltung des lokalen Alltags beziehen, zu einer Abwendung sowohl von den Partizipationsangeboten im Viertel als auch von der demokratischen Willensbildung bei Wahlen beigetragen haben (siehe Abschnitt 1.2).

Eine weitere Entfremdung von den lokalen Teilhabemöglichkeiten legen die Akteur:innen mit ihren Aussagen über die Probleme, insbesondere die deutschen Anwohner:innen Nordwests zu adressieren, nahe. Dies spiegelt eine Schwäche der ordnungspolitischen Schlagsseite der Interventionsversuche wider, welche sich hauptsächlich auf die migrantische Bevölkerung fokussieren und für die nicht-migrantische kaum mehr Angebote bereitstellen.

Viele Programme und Projekte wurden in den vergangenen Jahrzehnten in NW umgesetzt; viele Ideen wurden von den Akteur:innen vor Ort entwickelt, um bestehende Blockaden aufzulösen. Ihre mitunter ausgebliebene Umsetzung ist teilweise die Folge von Kommunikationsbarrieren zwischen Akteur:innen und der Stadtverwaltung, hauptsächlich jedoch davon, dass die der zentralen Problembereiche von Wohnen und Arbeit in diesem Fall außerhalb der stadtpolitischen Einflussphäre liegen. Wie eine produktive Annäherung an diese Problembereiche aussehen könnte, wird im letzten Abschnitt diskutiert.

3 AUSBLICK UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die oben wiedergegebenen Handlungsempfehlungen der interviewten Akteur:innen weisen sämtlich in eine Richtung: Wichtig wären demnach alltagsnahe Orte und Netzwerke, die von verschiedenen den Bewohner:innen Nordwests selbst genutzt, getragen und organisiert werden können und so die Erfahrung von Handlungsfähigkeit und Kontrolle im Alltagserleben stärken. Was zunächst identisch mit den Zielstellungen des Programms „Soziale Stadt“ erscheint, erfährt eine weitreichende Differenzierung. In intensiven, langfristig angesetzten Austauschprozessen – dem *community organizing* (vgl. Meier et al. 2022) – sollen Menschen befähigt werden, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und ihre konkreten Bedürfnisse artikulieren zu können. Angesichts der tiefen Spaltungslinien zwischen den Bevölkerungsgruppen wären diese *organizing*-Prozesse zu kombinieren mit politischer Bildung,

12) Die Wortmeldungen der Anwohner:innen blieben dabei höchst ambivalent. So kann die Forderung nach einer entschiedenen Ansprache der Unternehmen mit der allseits geforderten „Integration“ der Migrant:innen, also ihrem Verbleib in NW, verbunden sein. Ebenso kann die Forderung aber auch auf eine rechtliche Handhabung abzielen, den Arbeitsmigrant:innen ihren Aufenthalt zu erschweren. Diese Widersprüchlichkeit ist selbst in den Statements ein und derselben Person herauszuhören (vgl. Torgau-TV 2023a und 2023b).

13) So äußerte sich ein Stadtrat der Freien Wähler im Nachgang eines Großbrands in einem der Wohnblöcke im Jahr 2022: „Ich sehe die großen Firmen, die von der Arbeitskraft der EU-Bürger profitieren, in der Verantwortung“, und ein CDU-Stadtrat sekundierte in Bezug auf die Wohnsituation: „Wir müssen versuchen, die rechtlichen Möglichkeiten bis zum Maximum auszuschöpfen, um diesem Geschäftsmodell, welches auf Gewinnmaximierung zu Lasten der Menschenwürde abzielt, Einhalt [zu] gebieten“ (Torgauer Zeitung 2022).

bei der die verschiedenen Gruppen – zusammen mit und begleitet von professionellen Akteur:innen – gemeinsam an ihren Fragen arbeiten. Ziel wären demnach Ansätze, welche die geteilten Alltagsprobleme der verschiedenen Bewohner:innen in NW und Bedarfe von besonders prekären Gruppen wie den Arbeitsmigrant:innen verbinden und die tief gespaltene Bewohnerschaft in NW wieder in Kontakt miteinander bringen.

Ein Beispiel dafür wäre die Einrichtung von Betriebsräten in den Großbetrieben mit prekären Arbeitsverhältnissen, wofür aus dem Akteursnetzwerk heraus bereits Versuche unternommen wurden. Da Betriebsräte aktuell in den Unternehmen nicht existieren bzw. diese sich nicht für Leiharbeiter:innen zuständig fühlen, kann den Problemen prekärer Arbeit im Betrieb nicht begegnet werden, sodass die sozialen Folgekosten im Wohngebiet umso sichtbarer werden. Zusammen mit einer Stelle für Soziale Arbeit in einem der Großbetriebe – auch dies eine bereits zur Konkretion vorangetriebene Idee aus dem Akteursnetzwerk – könnte die räumliche Trennung von Arbeitsstelle und Wohngebiet aufgehoben werden. Eine politische Stärkung von Gewerkschaften in (Nord-) Sachsen und die Sensibilisierung der Gewerkschaften für die Belange der osteuropäischen Arbeitsmigrant:innen könnten einerseits dazu beitragen, soziale Härten abzumildern (Beratungsstellen), und andererseits einen Rahmen für die demokratische Selbstvertretung der betroffenen Gruppen bieten (gewerkschaftliche Organisation). Denkbar wäre für diesen Zweck auch eine Kooperation zwischen Gewerkschaften und den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen im Wohnumfeld des Viertels.

In eine ähnliche Richtung weist eine forcierte Zusammenarbeit zwischen den Akteur:innen und Torgauer Stadträt:innen aus verschiedenen Parteien. Aus deren Reihen werden bereits seit fünf Jahren Stimmen laut, die eine verbindliche Kommunikation mit den verantwortlichen Wohnungseigentümern und Unternehmen fordern, weshalb zusammen an diesen konkreten Themen gearbeitet werden sollte. Da ordnungspolitische Debatten diese Grundsatzfragen immer wieder überlagern und aus dem Fokus verdrängen, sollten jene in unterschiedlichen Arbeitsgruppen vertieft werden.

Ein weiterer Ausgangspunkt für Selbstorganisationsprozesse liegt potenziell in den bisher unsichtbaren, transnationalen Städtenetzwerken, z.B. mit der südslowakischen Stadt Rimavská Sobota bzw. dem bulgarischen Sliven, aus denen ein Großteil der Migrant:innen in NW stammt. Aus den ersten Arbeitsvermittlungen nach Torgau entwickelte sich ein

dichtes Netzwerk von Bekannten, Geschäftspartner:innen und Familien, die zwischen den zwei Orten pendeln. Mit und neben den involvierten Menschen zirkulieren in diesem Netzwerk Güter, Finanzen und spezifisches Wissen. Eine alternative Städtepartnerschaft könnte diese Netzwerkverbindungen – auf möglichst selbstorganisierte Weise – sichtbar und nutzbar werden lassen. Mit Unterstützung der Akteur:innen könnte hier nicht nur wachsendes, gegenseitiges Verständnis entstehen, sondern auch Versuche, gemeinsam über Lösungen für die Folgeprobleme der Arbeitsmigration in den jeweiligen Gemeinden nachzudenken.

Bisher unbeachtet ist zudem der große Anteil von genossenschaftlichen Wohnformen in NW geblieben, die ein großes Potenzial für eine neue *Wohndemokratie* darstellen. Die ursprünglichen Selbstverwaltungstraditionen der klassischen Genossenschaften sind in den letzten Jahrzehnten zugunsten einer möglichst reibungslosen Verwaltung gewichen. Es wäre wünschenswert, wenn Genossenschaftsmitglieder sich als kollektive Miteigentümer:innen kontinuierlich beteiligen können (ohne nur vertreten zu werden), um beispielsweise über bauliche Umgestaltungen und Gemeinschaftsflächen entscheiden zu können. Die Akteur:innen in NW sollten die Wohnungsgenossenschaften als aktive Partner:innen im Viertel begreifen, mit denen zusammen Selbstwirksamkeitserfahrungen für die Bewohner:innen ermöglicht werden. In eine ähnliche Richtung sollte die bereits debattierte Möglichkeit des Kaufs der zwei Wohnblöcke in der Zinnaer Straße durch die Stadt Torgau (vgl. Kasten 2023e) vertieft werden: Mit der daraus erwachsenden lokalen Verfügung über die Wohnbedingungen könnten die oben skizzierten Selbstorganisationspotenziale einer Wohndemokratie im Rahmen eines Modellprojekts zusammen mit den Bewohner:innen erprobt werden.

Die Lebensbedingungen in NW sind unbefriedigend und werden objektiv getrübt durch Delinquenz, Ruhestörungen, Gewalt und Armut. Die Zustände im Viertel sind das Resultat einer weltumspannenden, räumlich ungleichen Entwicklung und einer neuen internationalen Arbeitsteilung (vgl. Wissen, Naumann 2008); auf diese Weise wird globale Armut an Orten konzentriert sichtbar, die vor wenigen Jahren noch als vermeintlich ruhig und beschaulich galten. Diese Erkenntnis mag nicht als Lösung erscheinen für eine – ob migrantische oder nicht-migrantische – Bevölkerung, die tagtäglich in einem Viertel wohnen muss, das sämtliche Institutionen überfordert. Aber sie könnte im besten Fall zu einem gegenseitigen Verständnis beitragen.

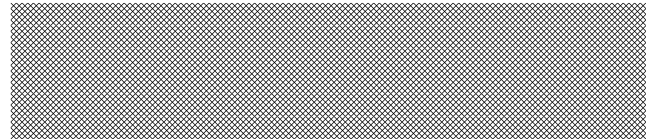
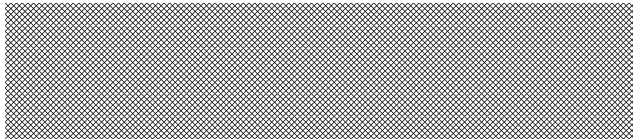
LITERATUR

- AfD-Kreisverband Nordsachsen (2020). TORGAU: Kriminalität in Nordwest und kein Ende? <https://archive.is/uat7a> (28.07.2023).
- AfD Sachsen (2023). MdB/MDL-Bürgersprechstunde in Torgau-Nordwest. <https://archive.ph/JnXHN> (15.10.2023).
- Ayyadi, K. (2023). Ausbeutung von Rom*nja in der Fleischindustrie. <https://www.belltower.news/torgau-ausbeutung-von-romnja-in-der-fleischindustrie-153285/> (24.10.2023).
- Belina, B. (2017). „Vorbild New York“ und „Broken Windows“: Ideologien zur Legitimation der Kriminalisierung der Armen im Namen der Sicherheit in der unternehmerischen Stadt. In Häfele, J., Sack, F., Eick, V. & Hillen, H. (Hrsg.), Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen (S. 29-46). Wiesbaden: Springer.
- Caritasverband für das Dekanat Torgau e.V. (2011). Quartiersmanagement Torgau Nord-West. <https://web.archive.org/web/20150221060300/http://www.torgau-nordwest.de/content/view/22/42/> (26.07.2023).
- Dauth, H. (2021). Die Arbeit mit dem Fleisch. Die Prekarisierung von Rom*nja in Nordsachsen. *Leipziger Zustände* 2021 (S. 21-23).
- Freiraumgalerie. Kollektiv für Raumentwicklung (2022). Kunst- und Beteiligungskonzept Torgau Nordwest.
- Freistaat Sachsen (2014). Landtagswahl 2014 – Ergebnisse nach Wahlkreisen (WK), Gemeinden (GE)/Teilgemeinden (TG) sowie Wahlbezirken (WBZ). https://wahlen.sachsen.de/download/Bundestag/LW14_Ergebnisse_ORIGINALE.xlsx (26.07.2023).
- Freistaat Sachsen (2019). Landtagswahl 2019 – Endgültige Ergebnisse nach Wahlbezirken. https://wahlen.sachsen.de/download/Landtag/LW19_endgErgebnisse_WBZ.xlsx (26.07.2023).
- Heinrich-Böll-Stiftung, BUND (2016). Fleischatlas Deutschland Regional. <https://sachsen.nabu.de/imperia/md/content/sachsen/160120-nabu-fleischatlas-2016.pdf> (10.08.2023).
- Intelmann, D. (2022). Sozialraumportrait Torgau-Nordwest. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (AGJF). <https://www.agjf-sachsen.de/files/Downloads-Dokumente/Projekte/MUT%20Publikationen/Sozialraumportrait%20Torgau%20Nordwest.pdf> (20.07.2023).
- Kasten, S. (2023a). Kommentar. Torgau Nordwest: Wie weiter mit den Schmutzdeckeln? *Torgauer Zeitung*, 30.08.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/rundgang-durch-torgau-nordwest-wie-weiter-mit-schmutzdeckeln-kommentar-ZAISLFO7YBAKD-DRPZSBY2JE2RY.html> (08.09.2023).
- Kasten, S. (2023b). Probleme in Torgau Nordwest: Nach Rundgang Debatte hinter verschlossener Tür. *Torgauer Zeitung*, 03.08.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/probleme-in-torgau-nordwest-nicht-oeffentliche-debatte-nach-rundgang-VE3R-KKTIGBHUTKJGIVXERAFHTM.html> (08.08.2023).
- Kasten, S. (2023c). Kommentar. Aufreger-Thema Torgau Nordwest: Zeit der Geheimräte ist eigentlich vorbei. *Torgauer Zeitung*, 03.08.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/kommentar-debatte-zu-torgau-nordwest-sollte-oeffentlich-gefuehrt-werden-BGLA-XUQT75EC3JLURJKA7YD6PQ.html> (08.08.2023).
- Kasten, S. (2023d). „Es ist hier nicht mehr auszuhalten“: Anwohner in Nordwest appellieren an Politiker. *Torgauer Zeitung*, 06.09.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/buerger-in-torgau-nordwest-mit-wuetenden-appellen-nicht-mehr-auszuhalten-YW5XFICIOKRGEHD6WBCVOMVPQ3U.html> (07.09.2023).
- Kasten, S. (2023e). OB Simon stellt Vorschläge für den Torgauer Stadtteil Nordwest vor. *Torgauer Zeitung*, 26.10.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/obm-simon-stellt-massnahmepaket-fuer-torgauer-stadtteil-nordwest-vor-E2NA7YKU3FGYNFH2H52FS-ONB2A.html> (07.11.2023).
- Krugenberg, L. (2023a). Anwohner aus Nordwest: „Aufpassen, dass Ärger nicht in Hass umschlägt“. *Torgauer Zeitung*, 22.06.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/torgau-nordwest-anwohner-halten-laerm-und-muell-nicht-mehr-aus-2KTMVR2AQ-FA6ZIDSJCXYJVAYCI.html> (07.09.2023).
- Krugenberg, L. (2023b). Einschüchterung und Verwahrlosung: Das Leben der Migranten in Torgau Nordwest. *Torgauer Zeitung*, 22.07.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/torgau-nordwest-migranten-leiden-unter-wohnsituation-KPO6BB4MRZH6VESI-AKZ6IOELRU.html> (24.07.2023).
- Krugenberg, L. (2023c). Torgau Nordwest: Hilfe für Kinder mit Migrationshintergrund. *Torgauer Zeitung*, 28.04.2023. <https://www.torgauerzeitung.de/lokales/nordsachsen/torgau/torgau-nordwest-hilfe-fuer-kinder-mit-migrationshintergrund-HVHYH47BX5EBFN4JJYOCU-UQMLA.html> (24.06.2023).
- Lehmann, F. (2005). Armut macht krank. *Torgauer Zeitung*, 24.09.2005. https://genios.de/document/LVZ_200509246066084002260666/ (26.07.2023).
- Mania-Schlegel, J. (2020). Torgau-Nordwest: Eine Oberbürgermeisterin geht gegen Kriminalität auf die Straße. *Leipziger Volkszeitung*, 05.10.2020. <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Torgau-Nordwest-Eine-Oberbuergmeisterin-geht-gegen-Kriminalitaet-auf-die-Strasse> (20.07.2023).
- MDR SACHSEN (2023). Keine Lösung im Konflikt um Plattenbausiedlung in Torgau. *MDR SACHSEN*, 10.09.2023. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/delitzsch-eilenburg-torgau/buergerdialog-stadtrat-problemviertel-nordwest-100.html> (15.10.2023).
- Meier, T., Penta, L. & Richter, A. (Hrsg.) (2022). Community Organizing. Eine Einführung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Melzig, P. (2001). Nächster Abschnitt bei Freilächengestaltung in Nordwest. *Torgauer Zeitung*, 10.07.2001. https://genios.de/document/LVZ_200107106020406828602022/ (20.07.2023).
- Melzig, P. (2004). Kein Allheilmittel. *Torgauer Zeitung*, 09.12.2004. https://genios.de/document/LVZ_200412090460240602686426/ (26.07.2023).
- Petzold, A. (1998). Experten befürchten Ghetto-Bildung von Ex-DDR-Neubaugebieten / Ulrich Niekler: „Das Klientel der sozial Schwachen bleibt“. *Torgauer Zeitung*, 10.12.1998. https://genios.de/document/LVZ_199812100624208062866408/ (26.07.2023).
- Richter, C., Salheiser, A. & Quent, M. (2022). Demokratie auf dem Rückzug Analyse der sozialräumlichen Erfolgsbedingungen der AfD zur Bundestagswahl 2017 und zu den Thüringer Kommunal- und Landtagswahlen 2019. In: Brinkmann, H. U., Reuband, K.-H. (Hrsg.). Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung (S. 299-334). Wiesbaden: Springer.
- Ulrich, S. (2021). „Diesen Job würde kein Deutscher machen“. *Tageszeitung*, 06.09.2021. <https://taz.de/Ausbeutung-in-der-Fleischindustrie/!5791699/> (20.07.2023).
- Torgau-TV (2020). „Stippvisite im Problemviertel Nordwest“. <https://www.facebook.com/watch/?v=613056786282143> (20.07.2023).
- Torgau-TV (2023a). „Bürgerdialog im Problemviertel Torgau Nordwest“ – Teil 1 von 2. <https://www.facebook.com/watch/?v=1038637330486091> (15.10.2023).
- Torgau-TV (2023b). „Bürgerdialog im Problemviertel Torgau Nordwest“ Teil 2 von 2. <https://www.facebook.com/watch/?v=1487866888449866> (15.10.2023).
- Torgauer Zeitung (2002). Beide Großvermieter und die Stadtverwaltung beziehen eindeutig Stellung. *Torgauer Zeitung*, 18.09.2002. https://genios.de/document/LVZ_200209186042224202066202/ (20.07.2023).
- Torgauer Zeitung (2018a). „In Nordwest muss etwas passieren“. *Torgauer Zeitung*, 12.10.2018. [\(24.04.2021, nicht mehr verfügbar\).](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(94769))
- Torgauer Zeitung (2018b). Fremde Hilfe für Torgau Nordwest. *Torgauer Zeitung*, 11.12.2018. [\(20.04.2021, nicht mehr verfügbar\).](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(95094))
- Torgauer Zeitung (2020). Stefanie Kasubke bleibt Nordwest erhalten. *Torgauer Zeitung*, 06.01.2020. [\(15.04.2021, nicht mehr verfügbar\).](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(97147))
- Torgauer Zeitung (2022). Problemblöcke Torgau-Nordwest: Wer ist verantwortlich? *Torgauer Zeitung*, 05.09.2022. [\(12.12.2022, nicht mehr verfügbar\).](https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(103513))
- Wolf, U. (2021). „Ich verliere zwei engagierte und fachlich versierte Mitarbeiterinnen“. *Torgauer Zeitung*, 10.08.2021. [\(08.10.2023\).](https://web.archive.org/web/20210812034740/https://www.torgauerzeitung.com/Artikel/default.aspx?t=NewsDetailModus(100868))
- Wissen, M., Naumann, M. (2008). Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der radical geography. *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies* 8(3), 377-406.

AUTOREN

Dominik Intelmann lebt und arbeitet in Leipzig und Chemnitz. In seinem laufenden Promotionsvorhaben an der Goethe-Universität Frankfurt/Main beschäftigt er sich mit der Ausprägung politischer Stimmungslagen in den Stadtgesellschaften von Leipzig und Chemnitz vor dem Hintergrund ostdeutscher Gesellschaftsverhältnisse.

Andre Schmidt, M.A., ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswick-Institut. Dort arbeitet er im Rahmen sozialraumnaher Forschung und in den Leipziger Autoritarismus Studien zu den Schwerpunkten sozialer Konflikt und Klassenpolitiken, Demokratisierung und Arbeitswelt sowie Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft.

IMPRESSUM

Redaktion: Pia Siemer, Andre Schmidt
 Lektorat: Tilman Meckel
 Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer, Charlotte Ruppert
 Redaktionsschluss: 21. November 2023
 Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de

GEFÖRDERT VOM



Forschungsinstitut
 Gesellschaftlicher
 Zusammenhalt



Bundesministerium
 für Bildung
 und Forschung



UNIVERSITÄT
 LEIPZIG

Research Centre Global
 Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.